

Das politische Gespräch 12 der CDU-Senioren-Union Rösrath am 28.3.2012.

Bericht.

Die Treibjagd vieler Medien, vor allem von „Welt“ und „Bild“, auf den inzwischen zurückgetretenen Bundespräsidenten Wulff hat Empörung und Erschütterung ausgelöst. Der Artikel „Zur Strecke gebracht“ von Jürg Dedial in der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) vom 16.2.2012 findet einhellige Zustimmung.

Auch der Inhaber eines so hohen Amts darf wegen seiner Äußerungen, seines Verhaltens kritisiert und erforderlichenfalls angegriffen werden. Was hier veranstaltet wurde, ging jedoch weit über sachliche Kritik hinaus. Die daran beteiligten Medien wollten gezielt den Bundespräsidenten zur Strecke bringen. Die gegen ihn erhobenen Vorwürfe, die im Verlauf der Treibjagd immer dünner wurden, rechtfertigen das Verhalten der Medien und die Forderung nach Rücktritt in keinem Fall. Die gilt auch für das ungeschickte Verhalten des Bundespräsidenten in seinem Kontakt mit „Bild“.

Es fällt auf, dass die Medien, die sich auch diesmal auf Ihre Informationsverantwortung berufen, diese mit ungleichen Maßen messen. So wurden die an Wowereit und Beck ergangenen Einladungen durch Firmen und die seinerzeit gegen den früheren Bundespräsidenten Rau erhobenen Vorwürfe der Vorteilsnahme von den Medien übergangen oder schnell wieder ad acta gelegt. Dies mag bei der linken Mehrheit der Journalisten noch erklärbar, wenn auch nicht zu rechtfertigen sein. Im Falle Wulff sitzen aber die Hauptdrahtzieher im Axel Springer-Haus, und es sind keine Linken. Nachdem dort der Bundespräsident eigentlich gut angekommen war, muß irgendetwas passiert sein, was die Verlagsgewaltigen gegen ihn aufgebracht hat. Das kritisierte Wohnhausdarlehen war es bestimmt nicht,

Der Vorfall macht die Macht der veröffentlichten Meinung deutlich. War zunächst die Öffentlichkeit noch überwiegend für Wulff, wendete sich das Blatt angesichts des auf ihn eröffneten Trommelfeuers und seiner Ungeschicklichkeit gegenüber „Bild“ zusehends. Laufende Meinungsumfragen mit einem zunehmenden Trend gegen Wulff wurden als Waffe genutzt. In persönlichen Gesprächen zeigten sich Bekannte, die keinesfalls eingeschworene Wulff-Gegner waren, Argumenten für Wulff einfach unzugänglich.

Auf der anderen Seite gibt es doch eine Reihe von Bürgern, die an der von den Medien veranstalteten Aktion Kritik geübt haben. Am stärksten ist in unserer Region hierauf der Kölner Stadtanzeiger eingegangen. Selbst Frau Slomka musste die Kritik an den Medien einräumen. Freilich hat sie sie in ihrer sattsam bekannten Art einfach weggewischt und sich auf ihr Informationsrecht berufen. Die „Welt“ und auch die wieder einmal politisch korrekte „FAZ“ mussten Abonnementskündigungen, auch aus dem Kreis der Gesprächsteilnehmer, hinnehmen.

Wir haben eine Mediendemokratie, sind nach Auffassung von Teilnehmern auf dem Weg zu einer Mediokratie. Das ist mit unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht in Einklang zu bringen und muß Konsequenzen haben. Vorgeschlagen wird ein Ethikrat für Medien. Er darf sich nicht nur aus Medienvertretern zusammensetzen, soll die Rahmenbedingungen für die Umsetzung der Pressefreiheit setzen und auf Verstöße **schnell und wirksam** reagieren können. Vergleiche werden zu den Rundfunkräten gezogen, die sich aber zu zögernd und eher Kritik abwehrend verhalten. Die Bürger müssen zu dem Ethikrat unmittelbaren Zugang haben.

Die Junge Union bereitet ihre Mitglieder auf den Umgang mit den Medien vor. Priorität hat dabei die Anpassung an die Mediensituation. Diese wird durch die stromlinienförmige Anpassung der Medien an den Mainstream bestimmt. Es stellt sich die Frage, ob eine einseitige oder schwergewichtige Schulung in dieser Richtung richtig ist. Die Antwort lautet: Nein. Zwar muß sich der junge Politiker nicht gezielt die Medien zum Gegner machen. Anpassung oder Anbiederung sind der falsche Weg. Der junge Politiker muß eine klare Linie zeigen und sich dabei vor unbedachten oder provozierenden Äußerungen hüten. Sie sollten sich ein Beispiel an Wolfgang Bosbach nehmen. Die Junge Union sollte ihre Schulung schnellstens überarbeiten.

Die Politik und ihre Vertreter haben in der öffentlichen Meinung im allgemeinen ein schlechtes Image. Die Ausnahmen wie Wolfgang Bosbach bestätigen die Regel, wobei seine Ausnahmestellung auf verschiedene Ursachen zurückgeführt wird. Klarheit und Glaubwürdigkeit bewirken, dass er auch von den Medien respektiert wird.

Mangelnde Klarheit und Glaubwürdigkeit sind es, die die Politik und ihre Vertreter immer wieder in Misskredit bringt. Die Piratenpartei ist beredter Ausdruck dafür: Obwohl sie kein Konzept hat und sich die Bezeichnung von Rechtsbrechern zugelegt haben, wird sie von einer nicht unerheblichen Zahl von Bürgern gewählt. Amüsiert wählen die Leute die Partei mit dem komischen Namen, weil sie den Politikern der ihnen bekannten Parteien nicht mehr glauben und vertrauen. In Zeiten der Saturierung brechen solche Auswüchse auf. Die etablierten Parteien dürfen sie aber nicht einfach hinnehmen. Sie müssen ihren Wählern ihre Politik erklären und sie davon überzeugen. Deshalb spricht Wolfgang Bosbach in unserer Informationsveranstaltung am 18.4.2012 zu uns über die Wirtschaftskrise.

Nutzen unsere Politiker nicht solche Möglichkeiten und lassen ihren Standpunkt unerklärt, taktieren sie sich den Bach hinunter. Auch populistische Äußerungen, wie z. B. zum Flughafenurteil, helfen nicht weiter. Freilich ist das Erklären leichter gesagt als getan. Auch der Politiker kann seine Karten nicht vor der Verhandlung auf den Tisch legen, und der Kompromiß ist die Lösung einer funktionierenden Demokratie; aber die große Linie muß erkennbar sein und damit das Vertrauen wachsen, dass unsere Frau, unser Mann das Beste herausholt. Wenn die CDU ihre Glaubwürdigkeit stärken will, muß sie sich von Karrieristen trennen.

Die aufrechte Haltung von Wolfgang Bosbach findet auch die Zustimmung der Teilnehmer, die seiner Auffassung hinsichtlich der €-Krise kritisch gegenüberstehen. Sie macht deutlich, dass er die Unabhängigkeit des Abgeordneten nicht einem sog. Fraktionszwang opfert und dass eine von der Mehrheit der Fraktion abweichende Meinung möglich ist. Voraussetzung ist, dass der von dem Abgeordneten eingenommene Standpunkt auch nach Diskussion in der Fraktion und ernsthafter Überprüfung des eigenen Standpunkts für ihn eine Gewissensfrage bleibt.

Wer kann uns in der Währungsfrage den richtigen Weg weisen? Namhafte Politiker haben unterschiedliche Meinungen. Liegt Wolfgang Schäuble oder Wolfgang Bosbach richtig? Die wirtschaftswissenschaftlichen Institute, die Wirtschaftsweisen, die internationalen Banken haben die Krise nicht erkannt, schon gar nicht die jetzt ihre Macht ausspielenden Ratingagenturen. Sie haben nicht mehr unser Vertrauen. Wir sehen uns zu einer Beurteilung außerstande. Es liegt nahe, dass auch hier nur eine Mischlösung, etwa eine Erweiterung des Rettungsschirms und eine Bereinigung der Eurozone weiter hilft. Die Situation ist mit der Frage der Inklusion insoweit zu vergleichen, als beide eine differenzierte Antwort erfordern

Wir müssen unseren Politikern vertrauen und dürfen ihre Arbeit nicht behindern, auch nicht durch Verbreitung von Pessimismus. Diese müssen mehr Klarheit in der Öffentlichkeit schaffen. Der Tenor muß lauten „Europa darf nicht auseinanderfallen.“ Vernünftiges Finanzgebahren muß von allen erwartet werden. Das gilt auch für die Bundesrepublik, für die es keine weitere Neuverschuldung geben darf.

Die Problematik der Finanzen besteht nicht nur im Hinblick auf Europa. Auch auf den unteren Ebenen bis hin zur Kommunalpolitik verschulden wir uns immer mehr. Die Bürger haben Angst vor der Ratlosigkeit ihrer Politiker. Land und Bund sind für die Ausstattung der Kommunen mit den zur Erfüllung der gesetzlich auferlegten Aufgaben notwendigen Mitteln verantwortlich. Sie werden dieser Verantwortung nicht gerecht. Das strukturelle Defizit der Stadt Rösrath beträgt jährlich 9 Mio. €. Nach dem Regierungswechsel hat Rösrath 2,8 Mio. € weniger Landeszuweisungen erhalten. Die Finanzierungslücke kann auch durch rigideste Sparmaßnahmen nicht geschlossen werden. Trotzdem leisten die Gemeinden keinen Widerstand. Das muß sich ändern, wenn die kommunale Selbstverwaltung nicht zugrunde gehen soll.

Entgegen der allgemeinen Regel, dass mit Finanzpolitik keine Wahl zu gewinnen ist, spricht die Sorge um die finanzielle Situation unserer Stadt und die mangelhafte Unterstützung durch das Land mehr und mehr Bürger an. Das Land verlagert seine Förderung zunehmend in Ballungsräume und aus den ländlichen Gebieten heraus, ohne dabei auf die ausweglose Situation vieler Gemeinden in ländlichen Gebieten Rücksicht zu nehmen. Eine Schuldenbremse auch für NRW ist dringend geboten.

Norbert Röttgen will Hannelore Kraft ablösen. Auf dieses Ziel muß sich unser ganzer Einsatz konzentrieren. Erst wenn dieses Ziel nicht erreicht werden sollte, stellt sich die Frage, ob er mehr in Berlin oder in Düsseldorf gebraucht wird. Es kommt darauf an, die Menschen direkt anzusprechen, auf der Straße, im Umfeld, mit der Homepage.

In der Fluglärmfrage hat sich die CDU Siegburg eindeutig positioniert. Die Stadt Rösrath hat sich zwar der Siegburger Klage angeschlossen; die CDU sollte jedoch die unterschiedlichen Aspekte sorgfältig abwägen. Hinweise auf Stuttgart 21 sind kontraproduktiv. Bei der Abwägung ist die Bedeutung des Flughafens für den Wirtschaftsraum Köln und als Arbeitsplatz für viele hier wohnenden Menschen, auch für viele Rösrather, zu betrachten; die Frachtgesellschaften sind schnell nach Belgien verlagert, und für die dann wegfallenden Tausende von Arbeitsplätzen gibt es keinen Ersatz. Die Rösrather Bürger fühlen sich durch den Fluglärm unterschiedlich, wohl überwiegend weniger belastet. Die Proteste kommen hauptsächlich von Bürgern, die erst zugezogen sind, als es den Flughafen schon gab. Auf der anderen Seite ist zu berücksichtigen, dass Fluglärm zu gesundheitlichen Belastungen führen kann. Dies bedeutet: Der Nachtflug ist auf das notwendige Maß zu beschränken, daher keine Passagierflüge während der Nachtzeit. Der Einsatz von leisen Maschinen ist weiter zu forcieren. Es wird darauf hingewiesen, dass hier sowie bei Lärmschutzmaßnahmen schon einiges geschehen ist.

1/4.5.2012 – M/2.



